

Replik

Jan-Werner Müller

Ich danke Karin Priester, Dirk Jörke und Steven Schäller sehr für ihre ausführlichen Kommentare zu meinem Populismus-Essay. Ein Essay ist bekanntermaßen ein Versuch; er will etwas zu fassen bekommen, manchmal auch unter dem Druck der politischen Ereignisse; er versucht anzuregen; er lädt zu produktivem Widerspruch ein. Es freut mich, dass der Essay zumindest im Falle der drei hier vertretenen Kommentatoren offenbar derartige Wirkungen hatte.

Ich habe viel von Karin Priesters Arbeiten über Populismus gelernt. Wie man sieht, hat sie nicht wenig an meiner Theorie auszusetzen – wobei mir letztlich nicht klar wurde, ob sie meinen Ansatz angesichts existierender Studien für schlicht überflüssig oder für innovativ, aber letztlich doch fehlgeleitet hält. Ich kann nicht auf jeden Kritikpunkt einzeln eingehen und beschränke mich auf grundsätzliche Argumente über das Verhältnis zwischen populistischen Politikern und dem real existierenden Volk.

Vielleicht habe ich mich missverständlich ausgedrückt – aber meine These ist nicht, dass Populisten de facto so etwas wie ein imperatives Mandat erhalten (im Übrigen folgt aus der Auseinandersetzung mit dem populistischen Mandatsverständnis auch nicht die „Hauptthese“ des Buches; die Hauptthese ist, dass Populisten nicht nur Eliten im Namen des Volkes kritisieren, sondern grundsätzlich anti-pluralistisch eingestellt sind und einen moralischen Alleinvertretungsanspruch eines vermeintlich ‚wahren‘, homogenen Volkes anmelden). Populisten *tun so*, als hätten sie eine Art imperatives Mandat erhalten (wobei das Volk in seinen Entscheidungen natürlich völlig frei bleibt, was aber, anders als Karin Priester suggeriert, nicht wirklich etwas mit der Idee des freien Mandats zu tun hat).

Das Volk, so scheint es dann, spricht und agiert direkt durch die Populisten. Insofern ist die von Karin Priester ins Spiel gebrachte Vorstellung einer Symbiose von Volk und populistischen Führungsfiguren hier durchaus berechtigt, verstärkt aber im Grunde genau das Argument, Populisten suggerierten, es gäbe so etwas wie einen direkten Befehl des Volkes, der von den Politikern nur vollstreckt werden müsste (interessanterweise bestätigen Steven Schällers empirische Untersuchungen über Pegida diese These. Schäller spricht von einer „Bestellungsdemokratie“: Das Volk bestellt mit eindeutigen Aufträgen, die Politiker sollen liefern – wobei die Pegida-Demonstranten dann, um im Bild zu bleiben, so etwas wie Reklamation melden). Dieser eindeutige Auftrag ist jedoch eine Fiktion

(auch im Falle von ‚Verträgen mit dem Volk‘ – wobei zwischen den Beispielen, die Karin Priester in diesem Zusammenhang anführt, ein großer Unterschied besteht: Clintons „Covenant“ war eine zivilreligiöse Metapher; Gingrichs „Contract with America“ erhob den Anspruch einer detaillierten Handlungsanweisung).

Ein landläufiges Urteil, wonach Populisten vielleicht im Auftreten etwas grob, aber in der Sache doch gut für die Demokratie sein könnten, weil sie ‚das Volk‘ wieder irgendwie näher an die Politik heranbrächten, ist nicht zu halten. Populisten wollen gar nicht prinzipiell ‚mehr Volksbeteiligung‘, wie es Verfechter des imperativen Mandats fordern. Sie streben keine Umgestaltung der politischen Systeme in Richtung mehr direkter Demokratie und Kontrolle durch die Wähler an; höchstens wollen sie bisweilen ein Referendum nutzen, um zu demonstrieren, dass die derzeit Mächtigen den vermeintlich wahren Volkswillen nicht umsetzen.

Zudem sind Populisten – auch hier entgegen dem, was häufig behauptet wird – an einer Repräsentation politischen *Willens* gar nicht wirklich interessiert. Was Populisten als authentischen Volkswillen bezeichnen, ist keine empirische Größe, die sich aus komplizierten, langen, vielleicht oft auch nervigen Diskussionen erst herausbilden muss. Vielmehr wird der ‚wahre Volkswille‘ aus einer symbolischen Repräsentation des ‚wahren Volkes‘ abgeleitet – was immer impliziert, dass Bürger, die laut Populisten auf irgendeine Art nicht dem *real people* angehören, ausgeschlossen werden können. Ergo: Populisten wollen keinen ergebnisoffenen politischen Diskussionsprozess unter den Bürgern, sondern kennen die richtige – weil vom Volksbegriff symbolisch korrekte – Antwort immer schon vorher. Es geht also nicht um so etwas wie Rousseaus *volonté générale* (der von Populismusforschern wie Cas Mudde evoziert wird); vielmehr gilt es, so etwas wie einem ‚authentischen Volksgeist‘ Geltung zu verschaffen.

Ein Beispiel für diese aus Sicht von Skeptikern vielleicht allzu steile These. Man denke nur an Viktor Orbáns Referendum zu der Frage, ob Brüssel in Ungarn Migranten ansiedeln dürfe, das Anfang Oktober 2016 an zu geringer Beteiligung scheiterte. Anders als populistische Verlierer anderswo, konnte Orbán schwerlich behaupten, korrupte Eliten hätten die Verfahren zu ihrem Vorteil manipuliert – denn das ganze Prozedere war bekanntermaßen nach Gutdünken von Orbán gestaltet worden (und wurde zudem noch mit einer für die Steuerzahler 35 Millionen Euro teuren Kampagne gegen Flüchtlinge flankiert). Trotzdem fand der ungarische Premier einen Weg, das für ihn eher peinliche Ergebnis vom Tisch zu wischen: 98 Prozent der Referendumsteilnehmer hätten im Sinne der Regierung gestimmt; wer zuhause geblieben war, wurde von der Regierungspartei kurzerhand einer schweigenden Mehrheit zugeschlagen, welche ganz offenbar mit der Regierungslinie übereinstimme. Mit anderen Worten: die moralisch korrekte Antwort, letztlich basierend auf der ungarischen, allein von Orbáns Fidesz-Partei richtig verstandenen nationalen Identität, war im Grund schon vorher klar gewesen und wurde nun, offenbar ganz unabhängig vom empirischen Ergebnis, bestätigt.

Dies ist ein Extrembeispiel. Aber ganz generell bleibe ich auch – auf einen weiteren Kritikpunkt von Karin Priester eingehend – bei meinem Argument, dass Populisten der Tendenz nach Prozeduren, welche ihren moralischen Alleinvertretungsanspruch nicht bestätigen, immer wieder in Frage stellen. Man denke nur an die Anfechtung der Präsidentschaftswahl in Österreich (wo sich FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache inzwischen als „Bürgerkanzler“ bezeichnet – ergo: der offizielle Kanzler arbeitet gar nicht wirklich für die Bürger); oder man erinnere sich an die Statements von Donald Trump vor dem 8. November, als er die Frage offen ließ, ob er einen möglichen Clinton-Sieg auch anerkennen

würde. Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Selbstverständlich kann jeder Bürger bestehende demokratische Institutionen und auch Wahlsysteme kritisieren. Was nicht geht, ist wie die Populisten de facto zu behaupten: „Dass wir nicht gewinnen, zeigt, dass wir gar nicht in einer Demokratie leben.“

Das schließt nicht aus, dass andere Akteure auch manchmal versuchen, Wahlergebnisse auszuhebeln, wie Karin Priester anmerkt. Aber sie tun dies eben nicht mit dem Hinweis auf das wahre Volk, dessen einzige authentische Repräsentanten sie angeblich seien. Angela Merkel hat bekanntlich eine Tendenz zum technokratisch oder moralisch motivierten Ausschluss gewisser Gegenpositionen (wobei es mir aber naiv erscheint, wie Karin Priester anzunehmen, Merkel habe bei der Öffnung der Grenzen 2015 ausschließlich aus moralischen Gründen gehandelt). Was aber fehlt, genauso wie bei den Trump-Gegnern, die den Immobilienmogul nun als illegitimen Präsidenten bezeichnen, ist der Verweis auf das Volk, das doch immer recht habe oder der Appell an die schweigende Mehrheit, welche von korrupten Eliten daran gehindert worden sei, sich frei zu artikulieren. Solche Argumente findet man nur bei Populisten, für die das wahre Volk nichts falsch machen kann (worauf der von Karin Priester monierte Ausdruck „moralisch rein“ verweist: Das wahre Volk der Populisten ist stets unverdorben und tugendhaft).

Es stimmt schlicht nicht, wie Karin Priester behauptet, dass alle Parteien, die nach Macht streben, Anhänger mit Alleinvertretungsansprüchen zu mobilisieren versuchen. Natürlich sagt jede Politikerin, sie habe Recht, und wer immer sich als Gegnerin präsentiert eben nicht. Aber erstens gab und gibt es auch Parteien, welche ganz offen Partikularinteressen vertreten; und zweitens respektieren demokratische Politiker ihre Gegner prinzipiell als legitime Repräsentanten. Populisten hingegen werden immer gleich persönlich; alles wird zu einer moralischen Charakterfrage. Trumps Äußerungen über seine Kontrahentin waren ein Extremfall dieses populistischen Musters; sie waren keine Ausnahme.

All diese Gedanken stellen in keiner Weise Theorien von Volkssouveränität in Frage. Sie sollen aber sensibilisieren für Situationen, in denen à la Schmitt, ein „wahres Volk“ gegen empirische (nach Schmitt: rein „statistische“) Wahlergebnisse ausgespielt wird.¹ Man denke an Norbert Hofer mit seinem Satz, sein Kontrahent sei im Mai 2016 zwar „gezählt“, aber nicht „gewählt“ worden. In der Demokratie wird aber – so eine Formulierung von Claude Lefort – die Substanz durch nichts als Zahlen ersetzt. Und ‚Volk‘ ist ein dynamischer Willensbildungsprozess, keine feststehende politische Größe, deren wahre Identität nur der Populist kennt.²

Nun mag es aufgrund des bisher Gesagten so scheinen, als sei Populismus ganz und gar eine Sache von Fiktionen – eine Art *fantasy politics* – oder, deutlicher gesagt: Lügen. Ich stimme Karin Priester zu, dass eine solche Vorstellung falsch wäre. Populismus verweist auf reale Probleme, produziert aber auch reale Gefahren (wobei mir nicht klar wurde, warum Priester vor allem die von ihr festgestellte „Ambivalenz zwischen rechts und links“ als eine Gefahr sieht – nicht alle Populisten sind irgendeine Art Nationalbolschewisten). Und wer von realen Gefahren redet, darf von möglichen realen Ursachen nicht schweigen. Das bringt mich zu der Kritik von Dirk Jörke. Mir leuchtet nicht ganz ein, warum Demokratietheorie zu reinem Moralisieren verkommt, wenn sie erst einmal Gefahren

1 Dass Populisten keine Advokaten von Volkssouveränität sind, sondern eher von so etwas wie Volksgeist zeigt indirekt auch Richard Tucks (2016) *The Sleeping Sovereign*.

2 Zu der Idee von Volk als Prozess siehe auch das wichtige Buch von Paulina Ochoa Espejo (2011) *The Time of Popular Sovereignty: Process and the Democratic State*.

für die Demokratie deutlich identifiziert. Ohne Begriffsbildung geht gar nichts; gerade angesichts des inflationären Gebrauchs des Wortes Populismus (wobei sich in derzeitigen Diskursen sicherlich oft ein Wort einstellt, gerade weil ein Begriff fehlt), muss jede Form von Verstehen mit Unterscheidungen beginnen. Wenig hilfreich ist es dann, erst einmal „Theorie“ gegen „Wirklichkeit“ auszuspielen. Wie soll sich denn letztere ohne Theorie überhaupt fassen lassen? Zumal „Postdemokratie“ oder Thomas Franks (2005) Thesen über den Konservatismus der amerikanischen Arbeiter nicht „die Wirklichkeit“, sondern natürlich auch Theorien sind – und zwar solche, gegen die sich viele empirische Einwände vorbringen lassen (ich habe versucht, dies im Essay im Fall der „Postdemokratie“-These zu zeigen; Larry Bartels (2006) hat die einschlägige Kritik zu Franks Studie verfasst).

Klar unterscheiden und identifizieren heißt nicht, dass man die Populisten nun sofort selber moralisch ausgrenzt oder gar für psychisch krank erklärt (ich habe Richard Hofstadters (2008) These vom „paranoid style“ gerade nicht dahingehend ausgelegt, dass die Anhänger populistischer Parteien immer paranoid seien, sondern nur auf die Rhetorik der Anführer hingewiesen; darüber hinaus wird im Buch immer wieder davor gewarnt, es sich mit der Idee, Populisten und ihre Wähler seien eigentlich alle Fälle für liberale Polit-Therapie, zu einfach zu machen).

Ganz allgemein gilt darüber hinaus: Man kann analytisch zwischen Erfassen eines bestimmten politischen Phänomens und der Erforschung der Ursachen dieses Phänomens trennen. So mag mancher Hannah Arendts Versuch, die Kernelemente des Totalitarismus zu fassen, überzeugend finden und doch gleichzeitig ihre historische Darstellung, wie es überhaupt zu Totalitarismus kommen konnte, für falsch oder überholt halten. Es wäre aber merkwürdig zu behaupten, das Problem an Arendts Theorie bestehe darin, dass sie das ganze ja nur gemacht habe, um sich als Gutmensch darzustellen – so wie bei Jörke jede normative Theorie, die nicht einhergeht mit der eigenen Lieblingstheorie über empirisch-historische Ursachen, automatisch als hilfloser Moralismus gescholten wird.

Deshalb sei ganz klar gesagt: wer Populismus als Gefahr für die Demokratie identifiziert, muss deswegen nicht behaupten, mit einzelnen Demokratien habe es bis zur Ankunft der vermeintlichen Schmutzkinder der Politik alles zum Besten gestanden. Benjamin Arditi hat Recht, wenn er Populisten mit betrunkenen Gästen bei einer Dinner Party vergleicht (vgl. Arditi 2005: 90 f.). Vieles, was sie sagen, ist anstößig, aber manches stimmt auch, nur hatte es sich bisher keiner zu sagen getraut. Jedoch besteht ein Unterschied zwischen dem Urteil, dass beispielsweise in der Türkei oder Bolivien viele Teile der Bevölkerung vom politischen Prozess ausgeschlossen waren und deswegen Politiker wie Erdogan und Morales durchaus auch demokratische Verdienste haben, und der Theorie, dass nur ein populistischer Alleinvertretungsanspruch die politischen Verhältnisse grundsätzlich ändern kann (so, sehr verkürzt gesagt, die These von Laclau, wenn er Populismus und das Politische in eins setzt).

Es ist erfreulich, dass Steven Schällers differenzierter, an empirischen, aber auch theoretischen Beobachtungen reicher Kommentar noch einmal zeigt, dass man es sich mit der Ursachenforschung zu Populismus nicht zu einfach machen darf. Sicherlich lassen sich gewisse soziologische Muster nachweisen; wer Populisten folgt, ist keine Sache des Zufalls. Aber Schällers Untersuchungen zeigen auch, dass es gerade nicht immer nur die „sozial Deprivierten“ sind, welche für populistische Rhetorik offen sind. Es ist erstaunlich, wie oft wir die Populisten als große Vereinfacher abstempeln – dann aber selber die sehr simplen Erklärungen der Populisten, was ihren eigenen Erfolg angeht, einfach mal so

akzeptieren. Alles Globalisierungsverlierer? Wird schon stimmen, sagen da auch liberal-demokratische Beobachter...

Ich muss zuletzt aber auch noch auf einen Dissens mit Schaller hinweisen. Für mich ist Populismus nicht nur „anti-konstitutionell“ (so Schällers Formulierung) oder im weitesten Sinne antiliberal. Eine politische Ordnung kann mehr oder weniger konstitutionalisiert sein; Liberalismus und Demokratie sind nicht Synonyme. Populisten stellen aber nicht nur Beschränkungen für Mehrheiten durch Verfassungen in Frage oder unterminieren den Rechtsstaat. Wer den politischen Gegner nicht als legitim anerkennt und von der Tendenz her Minderheiten ausschließen möchte, gefährdet die Demokratie. Sicherlich besteht hier eine Gefahr, den Demokratiebegriff zu überdehnen. Aber was mir auf jeden Fall falsch erscheint, ist der Versuch, Demokratie auf eine Wahl zur Mehrheitsfindung zu reduzieren und völlig von für die Demokratie konstitutiven Rechten wie Rede- und Versammlungsfreiheit oder eben auch der Anerkennung einer legitimen Opposition zu entkoppeln, wie dies vor allem die Anhänger der Diagnose von „illiberaler Demokratie“ tun. Einmal mehr gilt: Nachdenken über Populismus – und wie Steven Schaller zeigt, empirische Forschungen zur politischen Kultur – brauchen Demokratietheorie.

Literatur

- Arditi, Benjamin, 2005: Populism as an internal periphery of democratic politics, in: Francisco Panizza (Hg.), *Populism and the mirror of democracy*. London, 72–98.
- Bartels, Larry, 2006: What's the Matter with 'What's the Matter with Kansas'? In: *Quarterly Journal of Political Science* 1, 201–226. <https://doi.org/10.1561/100.00000010>
- Frank, Thomas, 2005: *Was ist mit Kansas los? Wie die Konservativen das Herz von Amerika erobern*, Berlin.
- Hofstadter, Richard, 2008 [1963]: *The Paranoid Style in American Politics*. In: Ders., *The Paranoid Style in American Politics and Other Essay*, New York/Toronto, 3–40.
- Ochoa Espejo, Paulina, 2011: *The Time of Popular Sovereignty: Process and the Democratic State*, University Park, Penn, PA.
- Tuck, Richard, 2016: *The Sleeping Sovereign*, Cambridge.

